

SPD

MITTELFRANKEN

BEZIRKSPARTEITAG
AM 8. MAI 2024

KONFERENZUNTERLAGEN

Bezirksparteitag

Mittelfranken– 08.05.2024

Wahl des Präsidiums:

**Altun Anil
Dornhuber Matthias
Hinkl Petra**

Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission:

**Marlen Laurien
Anette Lederhos- Fay
Iris Lenz**

BERICHTE

Bericht des Vorsitzenden

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

unser letzter Bezirksparteitag liegt nur ein halbes Jahr zurück – und doch ist viel passiert in den vergangenen Monaten. Das gilt für die Bundespolitik, für die politische Lage insgesamt und auch für die SPD.



Natürlich hat auch im vergangenen halben Jahr der **Bezirksvorstand** regelmäßig getagt. Er hat sich unter anderem mit den Fragen der Bundespolitik, die ganz konkrete Auswirkungen auf uns hier in Mittelfranken hat, mit der Vorbereitung der Europawahl und mit der notwendigen Strukturreform der BayernSPD befasst.

Der Bezirksvorstand ist für uns vier Bundestagsabgeordneten – Gabriela Heinrich, Jan Plobner, Martina Stamm-Fibich und mich – eine wichtige Brücke zu unseren mittelfränkischen Landtagsabgeordneten, zu unserer Bezirkstagesfraktion, vor allem aber auch zu den Unterbezirken und Kreisverbänden im ganzen Bezirk. Was wir dort besprechen, nehmen wir sehr ernst und immer mit in die parlamentarischen Beratungen.

Das galt für das **Gebäudeenergiegesetz**, das auch und gerade nach den Rückmeldungen aus den Gliederungen der SPD in der Fläche am Ende gut geworden ist, auch wenn der Weg ans Ziel nicht optimal war. Das galt auch für die schwierigen **Haushaltsberatungen** nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im vergangenen Herbst. Auch dank eurer Unterstützung im Rücken konnten wir durchsetzen, dass es keinen Rückbau des Sozialstaats geben wird. Im Gegenteil: Wir haben die Schuldenbremse wieder auf die Agenda der politischen Debatte gehoben. Inzwischen mahnen OECD, IWF, Wirtschaftswoche und Wirtschaftsinstitute eine Reform der Schuldenbremse an und benennen sie in ihrer derzeitigen Form klar als eine wichtige Ursache für unsere derzeitige Wachstumsschwäche. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und eine Wachstumsbremse und in den vergangenen Monaten gewinnen wir auch in der Bevölkerung stetig an Zustimmung für eine Reform. Das gilt aber auch für die **Krankenhausreform**. CDU und CSU haben mit allen Mitteln versucht, die Krankenhausreform zu verzögern und zu blockieren und sehen unbewegt dabei zu, wie viele Krankenhäuser in den Städten und im ländlichen Raum finanzielle Probleme bekommen. Wir sehen diese Probleme, wir wollen und werden abhelfen. – sofern der Union nicht weitere Blockaden gelingen. Wir waren und sind zu diesem Thema in Mittelfranken mit euch gemeinsam unterwegs, denn eine gute Gesundheitsversorgung in ganz Mittelfranken ist für uns nicht verhandelbar. Der Freistaat Bayern wiederum macht sich nach Berlin zeigend einen schlanken Fuß, obwohl er für die Notärztliche Versorgung, die Krankenhausplanung und die Krankenhausinvestitionen zuständig ist. Wir werden das klar benennen und sie nicht aus der Verantwortung entlassen.

Auch unsere **Strukturen** und die der BayernSPD haben uns beschäftigt und werden das weiter tun. Aus verschiedenen Gründen – wegen sinkender staatlicher Wahlkampfkostenerstattung, vor allem aber wegen unseres Strukturwandels unter den Mitgliedern – muss der Landesverband in den kommenden Jahren erhebliche Mittel effizienter ausgeben. Der Bedarf, den wir erreichen müssen, geht deutlich über das hinaus, was wir im Bereich der politischen Arbeit einsparen können. Wir müssen deshalb auch darüber sprechen, wie wir unsere Partei verwalten.

Für uns im Bezirk stehen drei Dinge im Vordergrund: 1) Wir wollen ein Modell, das Zukunft hat. Ein Modell, das Teamarbeit ermöglicht, Spezialisierung und gegenseitige Vertretung. Ein Modell, mit dem die BayernSPD ein wettbewerbsfähiger Arbeitgeber sein kann, der attraktive Arbeitsplätze bietet. 2) Das Wohl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht an vorderster Stelle. Sie haben Erfahrung und Kompetenz und viel, viel mehr als ihre Arbeitszeit in unsere Partei investiert. Der Landesvorstand hat beschlossen, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten und für die Konsolidierung die natürliche Fluktuation in der Belegschaft in den kommenden Jahren zu nutzen. Das ist gut und richtig. 3) Wir wollen trotzdem eine Partei in der Breite der Gesellschaft und des Freistaates bleiben. Wir werden Verwaltungsaufgaben neu zuordnen, zum Teil zentralisieren müssen, auch um neue Spielräume für politische Arbeit zu schaffen. Wir werden noch mehr in die Qualifizierung unserer ehrenamtlichen Strukturen investieren, wie wir es in Mittelfranken zum Beispiel schon mit KOMMIT seit vielen Jahren tun. Wir werden aber auch dafür kämpfen, dass Franken gegenüber den anderen beiden Altbezirken nicht hinten herunterfällt. Und wir wissen um die weiten Wege in Mittelfranken und sind im intensiven Dialog mit dem Landesverband, wie wir eine gewisse Flexibilität für Lagermöglichkeiten und vielleicht auch Versammlungsorte oder mobile Geschäftsstellen erreichen können.

Wir wissen, dass diese Veränderungen einschneidend sind und Sorgen machen. Aber jede Veränderung ist auch eine Chance, wenn wir sie klug gestalten. Willy Brandt hat einst gesagt, man müsse auf der Höhe der Zeit sein, wenn Gutes bewirkt werden soll. Er hatte Recht. Wir wollen auf der Höhe der Zeit sein und gehen diesen Prozess jetzt mit euch an.

Auf dem letzten Parteitag haben wir auch vereinbart, dass wir das Thema **Awareness** in unserer Partei anpacken wollen. Wir haben noch einmal hartnäckig bei Landes- und Bundesverband nachgefragt, wann es von dort Empfehlungen oder ein Konzept für die Arbeit in der gesamten SPD geben wird. Leider blieben die Nachfragen ohne konkretes Ergebnis. Wir haben deshalb im Frühjahr beschlossen, uns selbst auf den Weg zu machen. Matthias Dornhuber hat sich als Mitglied des Bezirksvorstands bereit erklärt, diesen Prozess zu gestalten, gemeinsam mit den Antragsteller:innen des Antrags auf dem letzten Parteitag und interessierten Mitgliedern der Jusos und anderen. Für ihn steht in den kommenden Wochen freilich die Europawahl im Vordergrund, aber die ersten Gespräche haben stattgefunden. Es wird keine „einfache“ Lösung für diese Herausforderung geben, sind doch alle Ebenen, die satzungsmäßigen Regeln der Gesamtpartei und die zahlreichen Dimensionen von Awarenessarbeit zu berücksichtigen. Ich bin sicher: es lohnt sich, diesen Weg Schritt für Schritt zu gehen. Mehr Achtsamkeit aufeinander kann uns stärker machen, wenn wir

dem Thema angemessene, dem Satzungsrecht entsprechende Wege finden, sie zu verankern. Sorgfalt geht vor Schnelligkeit, damit es gut wird.

Der **Europawahlkampf** der SPD läuft in allen Winkeln Mittelfrankens. Dafür möchte ich auch als Vertreterinnen und Vertreter der Ortsvereine, der Kreisverbände und der Unterbezirke herzlich danken. Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung für die Zukunft unseres Kontinents, für den Frieden und unseren Wohlstand. Die Logistik eines solchen bezirksweiten Wahlkampfs ist eine große Herausforderung, auch weil von der Bundesebene wichtige Impulse sich zeitlich immer näher an die Wahl verschieben. Aber ich glaube, wir haben bisher für jeden Holperer im Ablauf eine gute Lösung gefunden. Matthias Dornhuber, unser Europakandidat, betont immer: der Kern der Sozialdemokratie ist die Zusammenarbeit und das Wissen, dass wir gemeinsam stärker sind. Das beweist der Europawahlkampf. Auch Matthias und seinem „Huckepack“-Kandidaten Anil Altun danke ich sehr für ihren Einsatz auf Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen, aber auch im Hintergrund. Das Budget des Europawahlkampfs ist begrenzt, und ich finde beeindruckend, was die beiden mit den Gliederungen zusammen alles an Material, Unterstützung und Sichtbarkeit auf die Beine gestellt haben. Am heutigen Vorabend des Europatages ist für uns klar: wir kämpfen für unser Europa – Sozial. Demokratisch. Und stark. Wir werden es nicht den Rechten überlassen oder den Konservativen, deren Abgrenzung nach Rechts europaweit mehr als fraglich ist.

Die letzten Tage haben uns wegen der gewalttätigen, rechtsextrem motivierten Angriffe auf Menschen, die demokratischen Wahlkampf in unserem Land machen, auf Kommunalpolitiker und auf Abgeordnete erschüttert. Wir stehen an der Seite unseres Europaabgeordneten Matthias Ecke, der in Dresden schwer verletzt wurde und im Krankenhaus operiert werden musste. Wir verurteilen diese Gewalt und diejenigen, die das gesellschaftliche Klima, aus dem diese Gewalt wächst, seit Jahren schüren. Wir haben dazu für heute eine Resolution vorbereitet, damit wir gemeinsam klar Stellung beziehen können. Der Rechtsstaat muss jetzt beweisen, dass er die Demokratie und die Menschen, die sie mit Leben füllen, wirksam schützt. Das ist keine leichte Aufgabe, die sich erst recht nicht mit Einsparungen im Innenbereich vereinbaren lässt. Wir werden aus der Bundespolitik nicht zulassen, dass wir gewalttätigen rechten Mobs Räume überlassen müssen, auch nicht tief in der Nacht. Demokratie muss 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche frei und sicher sein.

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

nochmals vielen Dank an euch alle in die Mitglieder des Bezirksvorstandes für die gute, immer konstruktive und auf die Zukunft gerichtete Zusammenarbeit und für euer aller Einsatz in diesem wichtigen Europawahlkampf!

Freundschaft!

Euer Carsten

GLEICHSTELLUNGSBERICHT 2023

SPD Mittelfranken

Martina Stamm-Fibich, Vorsitzende SPD Frauen Mfr

Der SPD-Bezirksverband Mittelfranken hatte am 31.12.2023 insgesamt 7.913 Mitglieder. Davon waren 5.088 männlich. Das entspricht einem Anteil von 64,3 Prozent. 2.820 Mitglieder waren weiblich. Das entspricht einem **Frauenanteil von 35,6 Prozent**. Zwei Mitglieder sind divers und drei Mitglieder haben keine Geschlechtsangabe angegeben.

Zwei weibliche Bundestagsabgeordnete vertreten den SPD-Bezirksverband Mittelfranken in Berlin: Gabriela Heinrich und Martina Stamm-Fibich.

Im SPD-Bezirksverband Mittelfranken gibt es zwei **Bezirksrätinnen**: Magdalena Reiß und Sabine Knuhr-Weiniger.

Und es gibt zwei **Bürgermeisterinnen**: Astrid Kaiser in Buckenhof und Eva Erhardt-Odörfer in Baiersdorf.

2023 sind mehr Männer neu in die SPD eingetreten als Frauen. Insgesamt sind 160 Personen in die SPD in Mittelfranken eingetreten. Davon waren 101 Männer, das entspricht einem Anteil von 63,1 Prozent. Und 57 Frauen, das entspricht einem Anteil von 35,6 Prozent.

Anteil Mitglieder nach Altersstufen – Stand Mai 2024:

Altersstufen	Personen gesamt	Personen %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	26	0,32	18	0,23	7	0,09
19-21	60	0,75	50	0,64	9	0,11
22-25	131	1,67	98	1,25	33	0,42
26-29	223	2,84	153	1,95	70	0,89
30-34	337	4,29	234	2,99	102	1,3
35-39	429	5,46	290	3,7	138	1,76
40-49	764	9,74	513	6,55	250	3,19
50-59	1.109	14,15	686	8,76	422	5,39
60-69	1.691	21,58	1.038	13,25	653	8,33
70-79	1.780	22,72	1.103	14,08	677	8,64
80-89	1.131	14,43	743	9,48	388	4,95
90-105	154	1,97	94	1,2	60	0,77
106-150	0	0	0	0	0	0
Gesamt	7.835	100	5.020	64,07	2.809	35,85

Am 3. März 2024 haben sich die **SPD Frauen Mittelfranken** neu konstituiert. Nach einer Zeit ohne Vorsitz ein wichtiger Schritt.

Die neue Vorsitzende ist Martina Stamm-Fibich. Ihre Stellvertreterinnen sind Diana Liberova und Kathrin Pollack.

Als Beisitzerinnen wurden gewählt: Iris Ehrlenbach, Claudia Belzer, Melanie Plevka, Lea Wölfel, Martina Haase, Susanne Weber und Christiane Brenner.

Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2023

99 - SPD-Bezirksverband Mittelfranken (346000000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2023	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
7913	5088 (64,30 %)	2820 (35,64 %)	2 (,03 %)	3 (,038 %)

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
786 (9,93 %)	2320 (29,32 %)	4807 (60,75 %)

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 63 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder						
Angestellte/r	Arbeiter/in	Selbständige/r	Schüler/in bzw. Student/in	Hausfrau/-mann	Beamt/in	Azubi
2134	453	458	594	222	587	68
Rentner/in Pensionär/in	Berufssoldat/in	Leitende/r Angestellte/r	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirt/in	Unbekanntes	
2467	25	73	119	1	604	

In unserem **Bezirk** lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 6 Euro pro Monat	21,87 %
zwischen 6 und 20 Euro pro Monat	67,57 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	8,10 %
mehr als 50 Euro pro Monat	2,46 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 11,28 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
160	101 (63,13 %)	57 (35,63 %)	1 (,63 %)	1 (,625 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
2,02 %	+ 38			

Im Schnitt waren die Neumitglieder 40,0 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich	divers	ohne Angabe
389	279 (71,72 %)	110 (28,28 %)	0 (,00 %)	0 (,000 %)
Austritte	Todesfälle		Sonstiges	
216	173		0	
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr			
2,73 %	- 30			

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2014	2015	2016	2017	2018
9892	9590	9366	9507	9439
2019	2020	2021	2022	2023
9090	8785	8517	8196	7913

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.

ANTRÄGE

A1

EU-weite Regelung zur automatischen Rückerstattung von Steuern, Entgelten, Zuschlägen und Flughafen-gebühren für nicht angetretene oder verpasste Flüge

Antragsteller: Jusos Mittelfranken (urspr. Jusos Nürnberg)

Adressat/en: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag, PES-Kongress

- 1 Wir fordern, dass sich Jusos und SPD für eine EU-weite Regelung einsetzen mö-
- 2 gen, welche es Fluggästen ermöglicht, bei nicht angetretenen oder verpassten
- 3 Flügen automatisch eine Rückerstattung sämtlicher Steuern, Entgelte, Zuschläge
- 4 und Flughafenengebühren zu erhalten. Diese Rückerstattung sollte unter der Be-
- 5 dingung erfolgen, dass Unternehmen dasselbe Zahlungsmittel verwendet, das
- 6 Verbraucher*innen bei der ursprünglichen Zahlung genutzt haben. Die Gebühren
- 7 für die Bearbeitung dieser Rückerstattung sind zu begrenzen/festzulegen.

Begründung

Flughafengebühren und Steuern können einen erheblichen Anteil am Gesamtticketpreis ausmachen. Die Aufschlüsselung der einzelnen Gebühren ist jedoch nicht immer leicht zu erkennen, und verschiedene Kürzel auf der Rechnung können Verwirrung stiften. Beispiele hierfür sind DE - Sicherheitsgebühren Deutschland, OY - Luftverkehrsabgabe, QO - Passkontroll- und Zollgebühren, RA/RD - Servicegebühr/Ausreisesteuer, XR - Flughafensteuer, YQ/YR - Treibstoffzuschlag.

Ein praxisnahes Beispiel verdeutlicht die Notwendigkeit einer detaillierten Rückerstattung: Bei einem Flug von Berlin nach Lissabon mit der TAP Air Portugal im Jahr 2023 belief sich der Basistarif auf 360 Euro. Hinzukamen rund 204 Euro an Steuern, Flughafen- und anderen Gebühren. Diese klare 24 Aufschlüsselung ermöglicht es dem Verbraucher, genau zu wissen, welche Kosten er zurückerstattet bekommen sollte.

Die Einführung einer automatischen Rückerstattung mit dem gleichen Zahlungsmittel bietet nicht nur eine faire Lösung für die Verbraucher, sondern stärkt auch das Vertrauen in die Transparenz und Integrität der Flugbranche.

Durch diese Maßnahme könnten die Verbraucherrechte gestärkt und gleichzeitig Klarheit und Fairness im Luftverkehrssektor verbessert werden.

A2

Einführung einer Bargeldobergrenze in Deutschland zur Bekämpfung von Geldwäsche

Antragsteller: Jusos Mittelfranken (urspr. Jusos Nürnberg)

Adressat/en: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Wir fordern in Deutschland eine Bargeldobergrenze in Höhe von 5.000 € einzu-
- 2 führen. Dies würde bedeuten, dass Zahlungen nur noch bis zu diesem Betrag in
- 3 bar getätigt werden dürften. Die Implementierung einer Bargeldobergrenze soll
- 4 dazu beitragen, Geldwäscheaktivitäten in Deutschland zu erschweren.

Begründung

Deutschland wird als Hochburg für Geldwäsche betrachtet, es wird geschätzt, dass jährlich etwa 100 Milliarden Euro im Land gewaschen werden. Die Einführung einer Bargeldobergrenze von 7.000 Euro wäre ein bedeutender Schritt zur Eindämmung dieser Aktivitäten. In einigen europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, Belgien, den Niederlanden und Griechenland existiert bereits eine Bargeldobergrenze. Das Europäische Parlament fordert eine Begrenzung von Bargeldzahlungen auf bis zu 7.000 Euro, um Kriminellen das Waschen illegal erworbener Gelder zu erschweren. In Deutschland ist dieses Thema höchst umstritten.

Gegner der Obergrenze, wie Christian Lindner, argumentieren, dass das Recht auf Bargeld das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz beinhaltet. Andere wiederum befürchten, dass dies den Beginn der Abschaffung des Bargelds markieren könnte. Es ist wichtig anzumerken, dass eine Bargeldobergrenze nur einen geringen Anteil der Privatpersonen beträfe, da der Besitz von Bargeld davon ohnehin ausgenommen wäre.

Aktuelle Regelungen sehen vor, dass Händler die Identität eines Käufers ab einer Transaktion von 10.000 Euro überprüfen müssen. Darüber hinaus sind Händler dazu verpflichtet, persönliche Angaben aufzuzeichnen und aufzubewahren. Für Bareinzahlungen über 10.000 Euro verlangen Banken bereits einen Herkunftsnachweis, beispielsweise in Form eines Schenkungsvertrags, einer Quittung oder eines Erbscheins. Edelmetalle wie Gold oder Silber können nur bis zu einem Betrag von 2.000 Euro anonym erworben werden. Ein allgemeines Limit für Barzahlungen existiert jedoch nicht. Bis März 2023 war es sogar möglich, Immobilien in Deutschland bar zu bezahlen, eine Praxis, die durch das Inkrafttreten des zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetzes (SDG II) beendet wurde. Durch die Bargeldobergrenze könnten nur noch Zahlungen unter 7.000 € bar erfolgen. Hier könnten Ausnahmen vorgesehen werden, beispiels-

weise für den Gebrauchtwagenkauf zwischen Privatpersonen, die von dieser Regelung ausgenommen werden könnten. Die Einführung einer Bargeldobergrenze ist von entscheidender Bedeutung, da die derzeitigen Regelungen offensichtlich nicht ausreichend sind. Unternehmen mit hohem Bargeldfluss melden nur selten verdächtige Fälle an die Financial Intelligence Unit (FIU), die für die Untersuchung ungewöhnlicher oder verdächtiger Finanztransaktionen im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zuständig ist. Selbst wenn Meldungen eingehen, kann die FIU aufgrund unzureichender Personalausstattung ihrem gesetzlichen Auftrag oft nicht vollständig nachkommen.

Die Einführung einer Bargeldobergrenze von 7.000 Euro würde für die meisten Bürgerinnen und Bürger im Alltag kaum etwas ändern. Dennoch könnte dies dazu beitragen, Geldwäscheaktivitäten in Deutschland zumindest teilweise zu erschweren und Deutschland als "Geldwäsche-Paradies" bei Kriminellen etwas unattraktiver zu machen.

A3

Inklusive Sprache auf dem Amt in Deutschland einführen

Antragsteller: Jusos Mittelfranken (urspr. Jusos Nürnberg)

Adressat/en: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Wir fordern, dass es mehr fremdsprachige und inklusive Angebote, d.h. z.B.
- 2 leichte Sprache, in Behörden und Verwaltung gibt. Es soll ermöglicht werden,
- 3 auch Formulare und Anträge in diesen Sprachen einzureichen.

Begründung

Der deutsche Arbeitsmarkt, als die größte Volkswirtschaft in Europa, steht kurz vor einem massiven Einbruch des Arbeitskräftepotenzials aufgrund der bevorstehenden Verrentung der Baby-Boomer-Generation. Diese Herausforderung ist nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern betrifft auch andere Industrienationen. Um diesen drastischen Rückgang des Arbeitskräfteangebots abzumildern oder sogar zu verhindern, ist es unerlässlich, Arbeitskräfte aus anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU zu gewinnen.

Im internationalen Wettbewerb um Arbeitskräfte sehen wir uns mit dem Nachteil konfrontiert, dass die deutsche Sprache als schwer erlernbar gilt. Dies stellt besonders für ausländische Mitbürger*innen ein erhebliches Hindernis dar, insbesondere bei behördlichen Angelegenheiten wie der Wohnungsanmeldung, wenn sie (noch) nicht Deutsch sprechen können. Im Gegensatz dazu besteht dieser Nachteil in Ländern wie den USA, England oder Kanada nicht. Um dieses Problem zu lösen, sollten wir uns dafür einsetzen, dass Englisch als Sprache auf dem Amt genutzt wird.

Englisch wird weltweit gelehrt und ist in vielen Ländern verbreitet. Die Einführung von Englisch als Sprache auf dem Amt würde die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt erheblich erleichtern. Gleichzeitig haben Länder wie Kanada und die Philippinen, um nur zwei Beispiele zu nennen, mehr als nur eine offizielle Amtssprache. Dies zeigt, dass ein solcher Schritt durchaus realisierbar ist.

Durch die Einführung von Englisch als Amtssprache/Behördensprache würden wir nicht nur international anerkannt, sondern auch für Einwanderungswillige attraktiver werden. Dieser vergleichsweise kleine Schritt könnte nicht nur das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessern, sondern auch die Zukunft Deutschlands positiv gestalten.

A4

Unterstützung der Exilregierung in Belarus

Antragsteller: Jusos Mittelfranken (urspr. Jusos Nürnberg)

Adressat/en: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Jusos und SPD sollen sich für die Unterstützung der belarussischen Exilregierung einsetzen und gegebenenfalls diplomatische Anerkennung aussprechen.
- 2

Begründung

2020 wurde Lukaschenka in einer von vielen Seiten höchst kritisierten Wahl mit mehr als 80% erneut zum Präsidenten von Belarus gewählt. Zum Gesicht des Widerstands gegen Lukaschenko wurde Swetlana Tichanowskaja. Unabhängigen Beobachter*innen zufolge gewann Oppositionskandidatin sie mit absoluter Mehrheit. Nachdem Tichanowskaja um den Wahlsieg gebracht worden war, begannen Massenproteste im Land. Immer mehr Bürger*innen waren quasi grundlos Verhaftungen und Folter ausgesetzt. Tichanowskaja, die die Proteste mit anführte, wurde gezwungen, nach Litauen ins Exil zu gehen. Dort hat sie im eine Exilregierung gegründet. Es ein zentraler Grundsatz der Sozialdemokratie, sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 haben sich die Bürgerinnen und Bürger Belarus' immer wieder mutig gegen das autoritäre Regime von Präsident Lukaschenka gestellt. Eine klare Unterstützung der SPD für die Exilregierung würde die demokratischen Errungenschaften der belarussischen Bevölkerung würdigen und ihre Rechte stärken. Indem die SPD die belarussische Exilregierung unterstützt, sendet sie ein klares Signal der Solidarität an die Opposition und die Aktivistinnen und Aktivisten, die in Belarus immer noch für gerechte und demokratische Veränderungen kämpfen. Die Europäische Union hat bereits Maßnahmen ergriffen, um das belarussische Regime für seine Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Unterstützung der Exilregierung würde diese Maßnahmen weiter ergänzen und verstärken. Indem die SPD sich für die belarussische Opposition stark macht, sendet sie ein Signal an andere autoritäre Regime in der Welt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten entschlossen sind, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen.

A5

(Zurückgezogen)

A6

Notwendige schulorganisatorische und pädagogische Maßnahmen im Bereich der Berufsvorbereitungsjahr-Klassen (BVJ)

Antragsteller: AfB Mittelfranken

Adressat/en: Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Der Freistaat Bayern hat folgende Maßnahmen für die Berufsvorbereitungsjahr-
- 2 Klassen (BVJ) umzusetzen:
 - 3 a) Grundsätzliche Anerkennung des einjährigen BVJ-Klassen-Besuchs, unab-
 - 4 hängig von den Noten des Jahreszeugnisses. Damit endet die Berufsschul-
 - 5 pflicht.
 - 6 b) Generelle Beschulung einer BVJ-Klasse durch ein Zweier-Team, z.B. Lehr-
 - 7 kraft + ausgebildete(r) AssistentIn
 - 8 c) Verstärkung der berufspraktischen Anteile bei Reduzierung schulischer
 - 9 Pflichtstunden
 - 10 d) Entwicklung, Erprobung und Einführung neuer pädagogischer Konzepte, um
 - 11 Schülerinnen und Schülern im Übergang von allgemeinbildenden Schulen zur
 - 12 beruflichen Bildung zu unterstützen.
- 13 Die Kooperation zwischen Mittelschule und Berufsschule (v.a. den BVJ-Klassen)
- 14 muss institutionalisiert werden.
- 15 Die Konzepte sollen die Möglichkeit einschließen, einen ersten Einstieg in die
- 16 Berufstätigkeit z.B. durch Minijobs oder Berufspraktika mit dem Besuch eines
- 17 BVJ zu verbinden. Den Schulen und Schulträgern in den betroffenen Ballungs-
- 18 gebieten soll durch Modellversuche die Möglichkeit geboten werden, an der Ent-
- 19 wicklung eigenverantwortlich und abgestimmt auf die regionalen/lokalen Beson-
- 20 derheiten mitzuarbeiten.

Begründung

Seit Jahrzehnten gibt es in der Bundesrepublik am Ende eines Schuljahres Zehntausende von jugendlichen Schulabbrechern ohne Abschluss in den Mittelschulen und ohne Berufsausbildungsvertrag (je nach Statistik 5-11% eines Mittelschuljahrgangs).

Obwohl Auszubildende von der Wirtschaft gegenwärtig sehr gesucht sind, nimmt in den Ballungszentren Bayerns die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz anstreben und den Besuch der Berufsschule zum Teil verweigern, erheblich zu.

Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum Jugendliche, die bereits in der Mittelschule keine Lern- und Leistungsmotivation zeigten, sozial auffällig waren sowie massenweise Schulabsenzen produzierten, gezwungen werden, wiederholt BVJ-Klassen zu besuchen, obwohl ihre manifeste Schulverweigerung sich jedes weitere Schuljahr verschärft.

Die sozialpolitischen, familienpolitischen sowie bildungspolitischen Problemlagen haben sich verschärft. Die bisherigen Reformversuche in sogenannten BVJ-Klassen erweisen sich zunehmend als völlig ungeeignet. Dies zeigen die akute Zunahme von verbaler und körperlicher Gewalt, Kleinkriminalität und totaler Schulverweigerung.

Parallel dazu sehen wir einen beängstigenden Verschleiß der betroffenen Lehrer und Lehrerinnen, sofern Lehrkräfte überhaupt bereit sind, derartige Problemklassen zu unterrichten. Es ist schulpolitisch unverantwortlich, die psycho-soziale Gesundheit von engagierten LehrerInnen zu ruinieren, indem sie im schulischen Alltag wiederholt Situationen ausgesetzt sind, wo jegliche kognitive, emotionale und berufspraktische Bildung nahezu unmöglich ist.

Alle Lehrkräfte mit BVJ-Klassen-Erfahrung sind sich einig, dass schon der generelle Einsatz von Zweier-Teams eine wichtige effektive Maßnahme wäre, sowohl für die Jugendlichen als auch für die LehrerInnen.

Bildungspolitische Veränderungen sind erfahrungsgemäß bürokratisch überfrachtet, parteipolitisch kontrovers und brauchen eine lange Anlaufzeit. Deswegen wäre zu überlegen, ob die Maßnahmen des Antrags nicht in mindestens zwei beruflichen Brennpunkt-Schulen modellartig ausprobiert und wissenschaftlich begleitet werden.

Die Berufsschulen, die unterrichtenden Lehrkräfte, die dort beschulten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die betroffenen Familien und der Arbeitsmarkt hätten einen Nutzen von den vorgeschlagenen Änderungen.

INI1: RESOLUTION

Gewalt hat keinen Platz in unserer Demokratie!
Für eine wehrhafte Demokratie und einen starken
Rechtsstaat

Antragsteller: Matthias Dornhuber

Adressat/en: Bezirksparteitag

1 Die zunehmenden gewaltsamen Angriffe auf politische Mandatsträger:innen,
2 Kommunalpolitiker:innen und Helfer:innen im Wahlkampf alarmieren uns. Der
3 schwere Angriff auf den SPD-Europaabgeordneten und Spitzenkandidaten der
4 sächsischen SPD zur Europawahl Matthias Ecke markiert einen traurigen Höhe-
5 punkt dieser Entwicklung. Wir verurteilen diese gewaltsamen Angriffe aufs
6 Schärfste. Die Ausübung demokratischen Engagements für Parteien und Wahl-
7 kämpfe in unserem Land muss sicher sein – 24 Stunden am Tag, 7 Tage die
8 Woche und überall. Sonst ist die Demokratie selbst in Gefahr. Die Gewalt, die wir
9 erleben, entsteht aber nicht von selbst, sondern erwächst aus einem politischen
10 Klima, das Rechtspopulist:innen in den letzten Jahren mit ihren gewaltaffinen und
11 hetzerischen Aussagen systematisch und bewusst geschürt haben. Auch diese
12 demokratiefeindliche Rhetorik verurteilen wir.

13 Wir stehen solidarisch an der Seite aller Betroffenen rechter Hetze und Gewalt
14 und werden auf allen politischen Ebenen dafür kämpfen, diese Gewalt zu ächten,
15 zu verhindern und zu ahnden.

16 **WIR FORDERN:**

17 • die **schnelle und umfassende Aufklärung und Ahndung** der Angriffe auf
18 Politiker:innen und Wahlkampfhelfer:innen durch Polizei und Gerichte. Der
19 Rechtsstaat muss jetzt beweisen, dass er die Demokratie wirksam schüt-
20 zen kann.

21 • die **Entwicklung von Schutzkonzepten** für Wahlhelfer:innen insbeson-
22 dere in den heißen Wahlkampfphasen, aber auch darüber hinaus, durch
23 Polizei und Sicherheitsbehörden.

24 Dazu gehört, Möglichkeiten zu schaffen und technische Lösungen zu ent-
25 wickeln, die eine schnelle Präsenz der Polizei im Einsatzfall sicherstellen,
26 und eine niedrighschwellige Erfassungsfunktion von Gewalt gegen Wahlplä-
27 kate, denn die Gewalt gegen Sachen ist ein Schritt zur Gewalt gegen Per-
28 sonen und ihre Erfassung würde ermöglichen, regionale Schwerpunkte
29 und Gefahrenpotentiale vorab zu identifizieren.

30 Dazu gehört auch eine niedrighschwellige Meldefunktion von Äußerungen
31 und Kommentaren im Internet, die zwar die Schwelle zu Beleidigung oder
32 Volksverhetzung nicht überschreiten, aber ein Klima der Angst erzeugen
33 sollen. Sie stellen die Basis für Verrohung und Gewalt dar, auch ihre sys-
34 tematische Auswertung durch die Sicherheitsbehörden würde erlauben, zu
35 einem umfassenden Lagebild möglicher Bedrohungen und Gefährdungen
36 zu gelangen.

37 Wir sind bereit, diese Strukturen gemeinsam mit der Polizei aufzubauen.

- 38 • die **Schaffung eines neuen Straftatbestands**, um im Strafgesetzbuch die
39 Bedrohung von Amts- und Mandatsträgern gesondert zu regeln und/oder
40 die **Verschärfung der Strafen** für Angriffe auf Politiker:innen und Wahlhel-
41 fer:innen sowie die Strafbarkeit der bewussten Verbreitung von Desinfor-
42 mation mit dem Ziel der Wahlbeeinflussung oder Gewalteskalation.

43 **Wir stehen für Demokratie und den friedlichen, gewaltfreien Wettbewerb**
44 **demokratischer Parteien. Wir stehen für einen starken, wehrhaften Rechts-**
45 **staat, der diejenigen schützt, die unsere Demokratie mit Leben erfüllen und**
46 **tragen. Wir werden in Deutschland und in der Europäischen Union Demo-**
47 **kratie und Rechtsstaatsmechanismen stärken.**

48 Wir fordern alle demokratischen Parteien Europas auf, sich klar von rechtspopu-
49 listischen und rechtsextremen Parteien hier und überall in Europa zu distanzieren
50 und jegliche Normalisierung, Zusammenarbeit oder Allianz mit rechtsextremen
51 Kräften entschieden auszuschließen. Die Verharmlosung und Normalisierung
52 von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und ihre Beteiligung an
53 Regierungen muss ein Ende haben.

54 Wir stehen zur Demokratie-Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Europas.
55 Wir werden niemals mit Rechtsextremen zusammenarbeiten oder mit ihnen eine
56 Koalition eingehen.